



Der Beauftragte der Bundesregierung
für Ostdeutschland



Carsten Schneider MdB

Staatsminister beim Bundeskanzler
Beauftragter der Bundesregierung
für Ostdeutschland

Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Presse-AO@bk.bund.de

Pressemitteilung

01. Juli 2022

Seite 1 von 2

Standortwettbewerb für das Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation startet

Carsten Schneider, Staatsminister und Beauftragter der Bundesregierung für Ostdeutschland: "Das Zukunftszentrum ist eines der wichtigsten Projekte für die Festigung der Deutschen Einheit und des Zusammenhalts in Europa in den kommenden Jahren. Es ist ein Symbol für das vereinte Deutschland und die hier lebenden Menschen. Wir starten jetzt den Standortwettbewerb. Ich freue mich auf die Bewerbungen und gehe davon aus, dass wir bis Anfang nächsten Jahres ein Ergebnis haben. Dann werden wir direkt den Architekturwettbewerb angehen. Parallel erarbeiten wir ein Programm, damit das Zentrum mit seiner Arbeit schon im Entstehungsprozess beginnen kann".

Die Einrichtung eines 'Zukunftszentrums für Deutsche Einheit und Europäische Transformation' war eine der zentralen Empfehlungen der Kommission '30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit'. Das Zentrum soll in Ostdeutschland errichtet werden und auf rund 15.000 Quadratmetern Fläche in einer herausragenden Architektur interdisziplinär Transformationsprozesse in Deutschland sowie in Mittel- und Osteuropa erforschen und dazu den Austausch mit einer breiten Öffentlichkeit organisieren. Die Baukosten werden derzeit auf rund 200 Millionen Euro kalkuliert. Als Träger des Zentrums wird der Bund im



kommenden Jahr eine eigenständige Institution gründen. Das Zentrum soll im Wesentlichen die drei Bereiche Wissenschaft, Dialog und Austausch sowie Kultur umfassen und aus den Umbruchserfahrungen nach 1989 deutsche und europäische Perspektiven für die Transformationsherausforderungen der kommenden Jahrzehnte entwickeln.

Schneider: "Die ostdeutschen Länder sind längst wichtiger und fester Teil unseres Landes. Aber die Deutsche Einheit ist ein andauernder und nicht abgeschlossener Prozess. Jede und Jeder hat einen eigenen Blick auf die Friedliche Revolution und Transformationserfahrungen der letzten 30 Jahre. Das Zukunftszentrum soll ein Ort der Diskussion, des Respekts vor den Lebensleistungen, der Wissenschaft und Kultur sein, ein Ort, der der Zivilgesellschaft eine Bühne gibt und vor allem auch in die Zukunft blickt. Dabei sind die Deutsche Einheit und die Einheit Europas zwei Seiten einer Medaille. Das Zukunftszentrum soll deshalb neue Partnerschaften aufbauen, insbesondere in den Staaten in Mittel- und Osteuropa mit ihren Umbruchserfahrungen und gerade auch im Lichte der Krise infolge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine."

Der Standortwettbewerb wird begleitet vom Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen und durchgeführt vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung in Cottbus. Eine unabhängige Jury aus Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Wissenschaft, Kultur und Zivilgesellschaft wird bis Anfang kommenden Jahres eine Empfehlung für einen Standort abgeben. Die Mitglieder der Jury werden rechtzeitig vor Abschluss der Bewerbungsphase bekanntgegeben. Die Kriterien für die Standortentscheidung sind in der Auslobung transparent gemacht. Der Zeitplan sieht vor, dass sich 2023 der Architekturwettbewerb anschließt und in 2026 mit dem Bau begonnen werden kann. Fertigstellung und Inbetriebnahme sind für 2028 geplant.

Die Auslobung und die für die Bewerbung erforderlichen Unterlagen sind unter nachfolgendem Link zu finden:

www.bbr.bund.de/standortwettbewerb